

Der Textil-Arbeiter

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin O 34, Memeler Straße 80.
Fernsprecher: E 7, Wechsel 4071. — Die Zeitung erscheint
eben Freitag — Telegrammadresse: Textilpraxis Berlin.



Anzeigen- und Verbandsgebühren sind an Deutscher Textilarbeiter-Verband, Hauptvorstand,
Berlin O 34, Memeler Str. 80 (Postfach-Konto Berlin Nr. 12971), zu richten. Bezugspreis,
nur durch die Post, vierteljährlich 6 Mk. Anzeigenpreis für die achtspaltige Bezugszeile 2 Mk.

Nummer 37

Berlin, den 9. September 1932

44. Jahrgang

Unternehmer und Arbeiter im Papenschen „Wohlfahrtsstaat“

Am 28. August hat Reichkanzler v. Papen in der Versammlung des Westfälischen Bauernbundes in Münster sein Programm zur Behebung der Wirtschaftskrise und der Arbeitslosigkeit vorgetragen. Schon die Stelle, wo dies geschah, läßt eindeutig die Entwicklung, wie sie die Papen-Regierung gestalten will. Reichkanzler v. Papen ist altes Mitglied des Westfälischen Bauernvereins. Er ist also auch ein Bauer, und es ist nur ein sprachlicher Unterschied, daß man diese Bauern in Ostpreußen und in Pommern Agrarier und Großagrarier nennt. Papen sagte: „Ich bekenne mich zu dem Glauben an ewige Rechtsnormen, aus denen auch der altpreussische Grundgesetz geformt ist: Jedem das Seine! — — — Aus dieser Ueberzeugung heraus lehnt die Reichsregierung infolgedessen alle Eingriffe in die Sphäre der Privatwirtschaft ab.“

Es sollen folgende Maßnahmen getroffen werden: Die Unternehmer bekommen die Umsatzsteuer, die Realsteuern, die Gewerbesteuern und die Beförderungsteuer für die Zeit vom 1. Oktober 1932 bis 1. Oktober 1933 in der Form erlassen, daß sie für die in dieser Zeit fälligen und zu zahlenden Steuerbeträge in Höhe der geleisteten Zahlungen Steueranrechnungsscheine erhalten, „auf die in den Rechnungsjahren 1934 bis 1938 alle Reichssteuern einschließlich der Zölle und Verbrauchssteuern mit Ausnahme der Einkommensteuern bezahlt werden können. Es wird sich hier um einen Betrag von etwa 1500 Millionen Reichsmark handeln. Diese Scheine werden mit einem Agio versehen werden, dadurch also den Charakter eines Darlehens des einzelnen Pflächtigen an das Reich erhalten. Diese Ausstattung der Scheine wird es ermöglichen, sie sofort als Kreditmittel zu benutzen. Sie werden daher eine Unterlage für die Herannahme und für die Durchführung neuer oder bisher zurückgestellter Aufträge für den aufgestauten Erhaltungsbedarf sein. — — — Darüber hinaus will die Reichsregierung einen Betrag von weiteren 700 Millionen Mark in Steueranrechnungsscheinen für solche Unternehmen zur Verfügung stellen, die nachweisen, daß sie mehr Arbeitskräfte als bisher beschäftigt. Für jeden neu Eingestellten soll aufs Jahr gerechnet ein Betrag von 400 Mk. in Scheinen gegeben werden. — — — Man wird den Arbeitgeber ermächtigen, wenn er mehr Arbeitskräfte eingestellt hat, den Tariflohn in einem gewissen genau umgrenzten Umfang, der nicht unter dem Existenzminimum liegen darf, zu unterschreiten, und zwar werden die Tariflöhne innerhalb dieser Grenze in einem um so größeren Prozentsatz ermäßigt, je größer die Vermehrung der Belegschaft oder der Arbeiterschaft ist. Der Lohn wird aber nicht im gleichen Ausmaße ermäßigt werden dürfen wie die Belegschaft ansteigt, damit die in dem Betrieb gezahlte Gesamtlohnsumme nicht nur erhalten bleibt, sondern sich „sogar“ (!!!) noch erhöht. Die Reichsregierung beabsichtigt das Tarifrecht und das Schlichtungswesen in seinem wesentlichen Inhalt aufrechtzuerhalten.“

Es folgen dann nach dem Pressebericht weitere Ausführungen, nach denen man auch bestimmen will, daß trotz vorhandener Tarifverträge während der Laufdauer derselben für sogenannte notleidende Betriebe unter Einhaltung eines bestimmten Verfahrens Abstriche vom Tariflohn zulässig sein sollen.

Volk in Not!

Der „Wohlfahrtsstaat“ des Herrn von Papen!

Aus Bocholt wird uns geschrieben:
„Der heutige Staat ist zum Wohlfahrtsstaat geworden und hat die geistigen und moralischen Kräfte der Nation zermürbt.“ So sprach der Kanzler des Deutschen Reiches, Herr von Papen, in seiner Regierungserklärung. Der Deutsche Textilarbeiter-Verband hat in den letzten Wochen bei seinen arbeitslosen Mitgliedern Erhebungen angestellt. Erschütterndes kam zutage. Schreiber dieser Zeilen war Zeuge der ungeheuren Not, welche diese Menschen leiden.

„Wir haben nicht fast zu essen und unsere Kinder müssen morgens nüchtern zur Schule!“ Diese Worte sprach mit Tränen in den Augen eine abgegrünte Mutter von sechs Kindern. „Mein Mann ist seit drei Jahren erwerbslos und bekommt wöchentlich 24,30 Mk. an Unterstützung. Hier von gehen 12 Mk. im Monat ab für Miete, bleiben 21 Mk. zur Lebenshaltung für eine achtköpfige Familie. pro Woche — ergibt auf den Kopf 2,63 Mk., auf den Tag 37 Pf.“

Familie K., Eltern und sieben Kinder im Alter von 6 bis 17 Jahren, leben von 21 Mk. Arznenunterstützung in der Woche. Der Vater ist lungenkrank, die Kinder sind blaß und drücken sich schon in der Stube herum. Hunger und Not sind ihre ständigen Begleiter. Ein Glück, daß wir noch im Sommer sind und die Kinder barfuß laufen, sagt die Mutter. Es fehlt an allem, an Schuhen, Wäsche und Unterzeug. Was soll noch werden, am liebsten läge ich mit meiner Familie morgen tot zu Bett, sagte diese kinderreiche Mutter.

Ein altes Elternpaar. Der Vater ist 77 und die Mutter 75 Jahre alt. Zwei Söhne haben sie im Kriege dem Vaterland geopfert. Die beiden Aellen leben von 34 Mk. Altersrente im Monat. „Die Sozialdemokraten müssen wieder in die Regierung“, sagt das Mütterchen, und dann strickt sie an dem Strumpf weiter.

Wir treten in ein altes verfallenes Haus. Hier wohnt der seit drei Jahren erwerbslose W. mit seiner lebenspflügelnden Familie. Wie wir in die Stube eintreten, ruft die Mutter: „Wir haben kein

Es erhalten also die Unternehmer in erster Linie ein Steuergeschenk in Höhe von 1500 Millionen Mark, in zweiter Linie für jeden mehr eingestellten Arbeiter ein Geschenk von 400 Mk., in dritter Linie dürfen sie den Lohn der mehr eingestellten Arbeiter in der Hauptsache von dem Lohn der bisherigen Belegschaft in Abzug bringen. Wenn also ein Unternehmer selbst vom Staat einen Auftrag erhält, und wenn er selbst ohne jedes eigene Zutun einen Auftrag bekommt und natürlich aus diesem Grunde Arbeiter einstellen muß, dann bekommt er dafür neben dem allgemeinen Steuergeschenk nicht nur für jeden Arbeiter ein weiteres Geschenk von 400 Mk., sondern er braucht von dem Lohn dieser Arbeiter auch nur einen geringen Teil selbst zu bezahlen, den Hauptteil des Lohnes kann er aus dem Lohn der übrigen Belegschaftsangehörigen bezahlen.

Zu dem Profit also, den jeder Unternehmer bei Ausführung jedes Auftrages hat, bekommt er als weiteren Profit das Geschenk von 400 Mk. pro Kopf der mehr eingestellten Arbeiter und den Hauptteil der Lohnsumme für die mehreingestellten Arbeiter.

Geld zum Kaufen,“ wohl in der Annahme, wir wären Hausierer. Aber dann schüttete die gequälte Proletariatmutter ihr Herz aus: „Wir leben von 21 Mk. Unterstützung in der Woche. Habe nur ein einziges Kleid zum Anziehen. Meine Kinder haben keine Schuhe und Strümpfe mehr. Mein Mann hat nur noch ein einziges Hemd. Am Samstag wasche ich dasselbe, und mein Mann legt sich dann ohne Hemd zu Bett. — Ein Staatsbürger des Deutschen Reiches besitzt nur ein Hemd — und eine Mutter ruft: Kein Geld zum Kaufen. O, welche von Gott gewollte Ordnung der Dinge!

Familie B. Eltern und zwei erwachsene Kinder im Alter von 25 und 31 Jahren. Der Vater bekommt 49 Mk. Altersrente im Monat. Die beiden erwerbslosen Söhne bekommen keinerlei Unterstützung; denn die Bedürftigkeitsprüfung hat in beiden Fällen eine Weitergewährung der Unterstützung für die beiden Kinder abgelehnt. „Ueber fünfzig Jahre habe ich gearbeitet und muß am Ende meines Lebens noch Hunger leiden!“ klagt bitter, aber mit Recht der alte Vater.

Eine alleinstehende Textilarbeiterin (Waise) erhält wöchentlich 7,20 Mk. Arznenunterstützung. Für das Zimmer zahlt sie 4 Mk. Miete in der Woche. Bleiben 3,20 Mk. zum Leben. Für Heizung und Licht muß sie wöchentlich 1,40 Mk. aufwenden — bleibt 1,80 Mk. Mitleidige Menschen geben ihr ab und zu ein Mittagessen. Sonst ist Brot und billige Margarine ihre einzige Nahrung. „Mein Stolz und Ehrgefühl verbieten es mir, sonst möchte man fast seinen Körper verkaufen, um sich wenigstens satt essen zu können,“ sagt sie mit tränenerfüllter Stimme.

„Chinesische Kulis leben besser als wir,“ sagt ein verblühter Vater von zehn Kindern im Alter von neun Jahren bis acht Monaten. Die Familie sitzt um den Tisch herum. Jeder hat einen Teller trockener Kartoffeln vor sich stehen. Als Beilage dient ein wenig Salz. Unwillkürlich wurde man an die Weberdöcker des Eulengebirges erinnert, wie sie Gerhart Hauptmann in seinem Drama „Die Weber“ so treffend geschildert hat. Auf unsere Fragen sagt der Vater mit flackernder Stimme: „Meine beiden Töchter und ich arbeiten jeder 32 Stunden in der Woche und verdienen 32 Mk. in der Woche. Wir müssen 25 Mk. Miete im Monat zahlen.“ So bleiben dieser zwölköpfigen

Irgendwelche Verpflichtungen braucht der Unternehmer nicht einzugehen. Irgendwelche Vorschriften über die Preisgestaltung bekommt er nicht. Der Unternehmer kann sich Luxusautos kaufen, er kann sich Luxusvillen bauen, er kann irgendwie „aufgestauten Erhaltungsbedarf“ befriedigen und „dadurch die Möglichkeit schaffen, neue Arbeitskräfte in den Arbeitsprozeß einzuführen“; aus seinem eigenen Vermögen und aus seinen eigenen Mitteln braucht er das alles nicht zu tun. Er kann diese ganzen Luxusausgaben aus den Steuergeschenken, dem Arbeiterkopfgeschenk und der Lohnsenkung, bezahlen.

Man hätte das alles viel einfacher machen können. Man hätte die deutschen Arbeiter unmittelbar zwingen können, einen bestimmten Teil ihres Verdienstes an den Reichsausgleich der Deutschen Industrie zur Verteilung an die einzelnen deutschen Unternehmer abzuführen. Dann wäre die Sache für jeden eindeutig und klar verständlich gewesen. Aber auch so wie man es machen will, ist mit

Familie rund 26 Mk. zum Lebensunterhalt pro Woche — auf den Kopf 2,17 Mk. pro Woche. — „Keines von den fünf Kindern unter sechs Jahren bekommt einen Tropfen Milch, Brot und Salz können wir bald nicht mehr erschwingen“, sagt die Mutter, und wenn der Winter kommt, werde ich die Kinder nicht mehr zur Schule schicken können, denn von diesen paar Mark ist es mir nicht möglich, zu Anschaffung von Schuhen und Strümpfen zu denken. So verelenden wir alle miteinander.“

„Der Dank des Vaterlandes ist euch gewiß,“ sagte ironisch ein Kriegsbeschädigter, welcher noch heute nach 16 Jahren an einer Gasvergiftung schwer leidet. Noch vor einigen Jahren 100 Pro. beschädigt, ist er im Laufe der Zeit von den Untersuchungskommissionen so ziemlich wieder gesundgeschrieben worden. Er ist Vater von zwölf Kindern, von denen das Älteste 18 Jahre und das jüngste Kind 8 Wochen alt ist. Alles in allem bezieht er mit Rente und Arznenunterstützung ein „fürsliches“ Einkommen von 140 Mk. im Monat für eine Familie von 14 Köpfen. An Belastung für das Haus ist im Monat 30 Mk. aufzuwenden, bleiben 110 Mk. für Lebenshaltung, oder wöchentlich 27,50 Mk. — ergibt pro Kopf 1,97 Mk. pro Woche — und 29 Pf. für den Tag pro Kopf. So werden unter der Weideregierung deutsche Kriegerkinder zu nationalen Hungerkünstlern erzogen.

Auch den kleinen Familien geht es nicht besser. Familie B. besteht aus Eltern und zwei Kindern im Alter von sieben und zehn Jahren. Der Mann bezieht 7,80 Mk. und die Frau 5,80 Mk. Arznenunterstützung pro Woche. An Miete sind monatlich 16 Mk. zu zahlen. Bleiben rund 10 Mk. zur Lebenshaltung in der Woche. Das zehnjährige Mädchen ist von Geburt an krank und schwach. Viel Milch, Gemüse und Emulsion verordnet der Arzt. Aber woher nehmen, klagt die Mutter. So wächst statt einem freien kräftigen Geschlecht ein Heer von Invaliden heran.

„Unsere vier Kinder sind sämtlich lungenkrank,“ sagt die Frau des erwerbslosen Webers B. „Mein Mann ist seit drei Jahren ohne Arbeit. An Wohlfahrtsunterstützung bekommen wir wöchentlich 19,40 Mark. Mein Mann und die Kinder werden des öfteren fortgeschickt zur Kur. Aber was nützen all die Kuren, wenn Mann und Kinder zu Hause nichts Ordentliches zu essen bekommen!“

Ein anderer Fall! Ein schon vier Jahre magentranke Mann bekommt für seine sechsköpfige Familie an Unterstützung 19,80 Mk. An Belastung für Steuer und Zinsen sind 12 Mk. im Monat zu zahlen — bleiben 17 Mk. wöchentlich für den Lebensunterhalt. Für den magentranken Mann

Hilfe einiger weniger zufälliger Erläuterungen die einheitliche Klarheit dieser Maßnahmen gegeben.

In einem Aufsatz: „Voderung des Tarifvertrages“ hat die „Gewerkschafts-Zeitung“ nicht nur als Meinung der Gewerkschaften, sondern aller maßgebenden wissenschaftlichen Arbeitsrechtler festgestellt, daß die Unabänderbarkeit der Tarifverträge verfassungsmäßig gewährleistet ist, und zwar unter Ausschluß des Rechts des Reichspräsidenten auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung, in den Unabänderbarkeitsgrundlag einzugreifen. Wenn die gegenwärtige Reichsregierung die in dem Vortrag des Reichkanzlers v. Papen erklärten Absichten durchführen wird, dann ist der Nachweis, daß das kein Verfassungsbruch wäre, nicht einmal mehr ein Spiel mit Worten.

Alle weiteren möglichen legalen „mit der Reichsverfassung in Einklang stehenden Maßnahmen“ werden sich die Arbeiterklasse und ihre Gewerkschaften vorbehalten.

*) Vgl. Nr. 35 S. 547.

Riesenkampf in England

Spinnerelarbeiter ebenfalls durch Lohnabbau bedroht

v. A. Seit dem 29. August befinden sich 145 000 Arbeiter und Arbeiterinnen der Baumwollindustrie Englands im Kampf gegen die Kürzung ihres Lohnes um 12 1/2 Proz. Es ist ein Kampf, wie ihn England selten erlebt hat; denn nur in einem kleinen Teil der Webereien wird weitergearbeitet, weil die Besitzer dieser Betriebe als Außensteiter sich der Forderung des Webereiverbandes auf Senkung der Löhne nicht angeschlossen haben.

In der englischen Baumwollindustrie gärt es seit langer Zeit. Die seit 1920 in England anhaltende Deflationsperiode brachte es mit sich, daß der Webereiarbeiter in England im Laufe der letzten zehn Jahre die Löhne um nicht weniger als 42 Proz. gesenkt wurden. Mit dem Pfundsturz hat der Abstieg der Lebenskosten aufgehört, so daß seit September vorigen Jahres die Indeziffer fast unverändert geblieben ist.

Die Unternehmer der englischen Baumwollindustrie können sich aber nicht an den Gedanken gewöhnen, daß nun auch der Lohnabbau sein Ende erreicht haben sollte. Zuerst versuchten sie,

den Webern sechs bis acht Stühle aufzuhallen, ohne an der Entlohnung, die auf dem Vierstuhlsystem aufgebaut war, etwas zu ändern,

und als sie damit nur in vereinzelten Fällen Erfolg hatten — denn die organisierte Arbeiterschaft war auf der Hut —, kam die Forderung auf eine Lohnsenkung, die zunächst bescheiden auf 16 1/2 Proz. lautete.

In den zurückliegenden Verhandlungen waren sich die Parteien bis auf eine Differenz von 3,2 Proz. nahegekommen; denn die Unternehmer gingen bis auf 10 Proz. herunter, während die Arbeiter schließlich eine Kürzung um 6,8 Proz. zugestehen wollten. Aber die Einigung scheiterte an der selbstverständlichen Forderung der Gewerkschaften, daß diejenigen Arbeiter wieder einzustellen seien, die in den vorhergehenden Einzelkämpfen gegen die Lohnkürzungen durch Unorganisierte aus ihren Arbeitsstellen verdrängt worden sind. Die Regierung hat bisher nicht eingegriffen.

In einigen Orten hatten es die Unternehmer mit dem Lohnabbau besonders eilig. Das hatte zur Folge, daß in Oldham 23 000 Arbeiter bereits seit sechs Wochen im Kampf stehen und weitere 15 000 Beschäftigte der Webereien Prestons bereits seit vier Wochen im Streit ausharren.

In den nächsten Tagen soll eine in Gang befindliche Abstimmung der Spinnerelarbeiterschaft entscheiden, ob durch das Hintertreten der Spinnerei fast die gesamte Baumwollindustrie Englands lahmgelegt werden soll; denn die Spinnerelbesitzer wollten hinter Kollegen aus der Weberei nicht zurückbleiben und stellten eine Forderung auf Kürzung der Spinnerelöhne um 13 1/2 Proz., was die Arbeiterschaft der Spinnereien natürlich nicht ohne weiteres hinnehmen will.

Trotz Abkehr vom Goldstandard und trotz der Weltreichskonferenz in Ottawa wissen die Textilherren in England immer noch kein anderes Mittel, die durch Weltkrise, durch technische und organisatorische Rückständigkeit ins Hintertreffen geratene Industrie wieder flottzumachen, als immer erneute Angriffe auf den Arbeitslohn. Wir haben die Hoffnung, daß dem mutigen Kampf unserer englischen Kollegen der Erfolg nicht verjagt bleiben wird.

Krisenwende

Eine sachverständige Stimme kündigt sie an

Der bekannte Züricher Bankier und Wirtschaftstheoretiker Felix Somary, der den Ablauf des wirtschaftlichen Geschehens mit seltener Aufmerksamkeit und mit einem Spürsinn ohne Gleichen verfolgt, hat jetzt in einer kürzlich erschienenen Schrift das Ende der Krise vorausgesagt. Die Stabilität der Rohstoffpreise bzw. eine Tendenz zu einem weiteren Anstieg werde zu größeren Eindeckungen führen. Dann liegen auch große

Lohnabbau abgelehnt!

Zu den Lohnkämpfen in West- und Ostachsen!

Die für Westachsen auf den 29. August vertagten Lohnverhandlungen fanden an diesem Tage in Chemnitz statt. Die Lohnverhandlungskommission hat entsprechend den Beschlüssen der vorausgegangenen Konferenz auch in diesen Verhandlungen jeden Lohnabbau abgelehnt! Die Unternehmer hielten an ihren Forderungen fest. Die Verhandlungen waren somit gescheitert.

Summen von Geldern vor, die wieder in die Produktion eingespannt zu werden wünschten. Er schlägt im Verlaufe seiner Ausführungen eine Stühung der amerikanischen Rohstoffmärkte durch die an Amerika verschuldeten Europa-Staaten vor. Als Gegenleistung sollten die Vereinigten Staaten auf ihre Schuldforderungen aus dem Relege verzichten. Unersichtlich für eine baldige Behebung der Krise sei auch, daß die Währungs in Ordnung gebracht wurden. Jedenfalls stellt Somary fest, daß, komme auch noch, was wolle, es nicht mehr schlimmer werden könne. Das gilt aber nur für die wirtschaftliche Entwicklung. Was sich auf dem Gebiete der Politik ereignen kann, entzieht sich jeder Berechnung.

Bauen — Siedeln — Wohnen

Und die Praktiken gewisser Matler.

Der Nr. 14 der in der Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes erscheinenden *Wirtschaftszeitung* „Bauen — Siedeln — Wohnen“ entnehmen wir folgende interessante Notiz:

Mancher will heute auf Grund stark gesenkter Baukosten seine Spargroschen in einem Eigenheim anlegen. Es sei ein leichtes Laufen Markt; Zeitungsanzeigen bieten Geld an. In „Bauen — Siedeln — Wohnen“ wird an einem Schulbeispiel gezeigt, wie der Geldsuchende geschädigt wird. Die Praktiken gewisser Matler, die sich mit glatten Worten in das Geschäft mischen, werden mit Recht als verbrecherisch gekennzeichnet. Es kommt etwa ein Schulvertrag über 6000 Mk. zustande. 4800 Mk. werden aber tatsächlich nur ausgezahlt, während nach drei Jahren 6480 Mk. zurückgezahlt werden müssen. Die ungeheure Verdienstspanne wandert in die Taschen dieser fauberen Geschäftemacher zur höheren Ehre der freien Wirtschaft. Auch das ist „Fettlebe“ im „Wohlfahrtsstaat“!

Ein Erfolg, der nicht befriedigt

Mit vielen anderen Härten brachte die Juni-Ratverordnung auch die Beschäftigtensteuer. Jeder, mit Ausnahme von Gehörlosen und geringfügig Beschäftigten, wurde zur Steuer herangezogen. Für Kurzarbeiter und Niedrigverdiener (jugendliche Arbeiter, Arbeiterinnen usw.) wurden keine Erleichterungen vorgesehen. Im Gegenteil, die Steuer wurde sogar noch durch die Ausführungsbestimmungen verschärft. Für die Lohnempfänger, die pflichtversichert sind, wird die Abgabe nach den Lohnklassen berechnet, die für den Beitrag zur Arbeitslosen- und Krankenversicherung aufgestellt sind. Daraus ergaben sich nun Abzüge, die weit über den bestimmten Steueranteil hinausreichten, Anstatt 1 1/2 Proz. wurden 3, 4 und noch mehr Prozent nicht selten abgezogen. Der Textilarbeiter mit einigen 20 Mk. Wochenlohn erfuhr also die gleiche Behandlung wie ein Abgabepflichtiger, der 500 Mark und darüber im Monat verdiente.

Gegen dieses offensibare Unrecht führte der Hauptvorstand des Deutschen Textilarbeiterverbandes Beschwerde. Er verlangte vom Reichsarbeits- und Reichsfinanzministerium, daß in allen Fällen nur der wirkliche Verdienst der Steuer zugrunde zu legen ist. Jetzt ist nun in Verhandlungen, die der ADGB führte, zugestanden worden, daß ein besonderer Grundlohn dann von den Krankentassen für die Beschäftigtensteuer festzulegen ist, wenn es sich um Beschäftigte handelt, die für die Arbeitslosenversicherung oder Krankenversicherung in einer höheren Lohnstufe, als sie ihrem Arbeitsentgelt entspricht, versichert sind. Meistens dürfte dieses Entgegenkommen die freiwilligen Höherverpflichteten treffen. Dazu dürften sicher alle Kurzarbeiter zu rechnen sein, die sich auch heute gegen Krankheit und Arbeitslosigkeit nach ihrem Verdienst in regulärer Arbeitszeit versichert haben. Auch Akkordarbeiter sind nach einem Lohn versichert, der vielfach über ihrem wirklichen Verdienst bleibt. Hier sind nun die Krankentassen verpflichtet, die Beschäftigtensteuer nach dem Grundlohn zu bemessen, der dem eigentlichen Einkommen entspricht. Zum Beispiel ein Kurzarbeiter verdient 20 Mk., 8 Mk. weniger als bei Vollarbeit. Er ist in die Lohnstufe 28 bis 30 Mk. von der Krankenkasse eingestuft und zahlt die dafür berechneten Beiträge. Für die Berechnung seiner Beschäftigtensteuer darf die Kasse nun nicht mehr den Verdienst von 20 Mk. (Durchschnitt von 38 Mk.) zugrunde legen, sondern sie muß nach seinem Grundlohn, nach dem Kurzarbeiter eingestuft wäre, wenn er sich nach seinem wirklichen Verdienst versichert hätte, berechnet werden.

Beim Abzug der Beschäftigtensteuer ist nunmehr genau darauf zu achten, von welchem Betrag die 1 1/2 Proz. Steuern abgezogen sind. Ist der neue Erlös des Reichsarbeitsministers noch nicht berücksichtigt, muß sofort reklamiert werden. Alle Steuern, die nach dem 4. August zuviel erhoben worden sind, müssen späteren Abzügen abgerechnet werden.

Der fromme Wunsch:

„Der wahre Unternehmer muß seine Arbeiter gut entlohnen.“

Rechnet man die Nazis so, wie sie es vorgeben, zu den Bekämpfern des Kapitalismus, so ist in dem neugewählten Reichstag vom 31. Juli 1932 eine antikapitalistische Mehrheit beisammen, also eine Mehrheit, welche den Artikel 153 der Reichsverfassung, der vom Eigentum handelt, ändern und somit die Verstaatlichung der Schwerindustrie und des Großgrundbesitzes, deren Enteignung ja nur zum Wohle der Allgemeinheit erfolgt, vornehmen kann.

Daß die Nazis aber gar nicht an so etwas denken, sondern allgemein ihre schönen Forderungen aus dem von Hitler aufgestellten Nazi-Programm, das ein Sammelsurium aller möglichen Parteiprogramme darstellt, zum alten Eisen werfen, mögen zwei lehrreiche Beispiele zeigen:

Im Programm der Nazis steht in der 6. Auflage unter Punkt 13: „Riesenerfolge (Konzerne, Syndikate und Truste) werden verstaatlicht.“

Jetzt ist die 7. Auflage des offiziellen Nazi-partei-programms erschienen und da gewahrt der gläubige Leser, daß an Stelle von „verstaatlicht“ nur noch „bekämpft“ steht!

Also ganz still und leise hat der Obernazi Hitler und seine Kumpane einen der wichtigsten Programmpunkte aus seinem sowieso ultiimen Partei-programm entfernt. Seine blindgläubigen Anhänger haben ja gewiß nichts zu sagen; aber daß man einen der Hauptpunkte des Programms so stillschweigend in die Ecke wirft, das zeigt, auf welch schwankendem Boden die ganzen Nazi-forderungen aufgebaut sind.

In der alten Auflage des, wie es hieß, „unabhängigen“ Partei-programms hieß es weiter, „der wahre Unternehmer muß seine Arbeiter gut entlohnen“, — in der neuen Verdriftung fehlt diese Stelle ganz. Damit dokumentieren die Nazis, daß die Unternehmer die Arbeiter mit Hungerlöhnen nach Hause schicken können; denn ihr Interesse für diesen wichtigen Punkt ist erloschen, seitdem die Nazi-partei-kasse überhaupt nur noch Unternehmern erbeutet sieht. Ja, ja, was' Brot ich esse, des' Lied ich singe!

Papens Maientraum



Herr Pape träumt einen süßen Traum: Ein Unternehmer maget im Wind und Sonnenstrahlen küßeln den weißen Schweiß und Däute umschweben ihn hind.



Am Morgen ist der Traum ausgeträumt, und alles sieht anders aus: Die Wirklichkeit hat das Bild jenseitig und hat fest — ach! — viel nächtlicher aus!

Kämpfe in der Textilindustrie

Die schlesischen Textilindustriellen, die dem stöckreaktionären Typ des Unternehmertums zuzuzählen sind, haben den Lohnstarif für 27 000 Beschäftigte zum 30. September 1932 gekündigt. Die Löhne in Schlesien sind die niedrigsten in der Textilindustrie, die Verdienste werden durch Kurzarbeit noch erheblich verschlechtert, so daß die Lebenshaltung der schlesischen Textilarbeiter längst unzulänglich ist. Aber diese Tatsache konnte dieses stöckreaktionäre Unternehmertum natürlich nicht abhalten, die Lohnstarife zum Zwecke weiterer Lohnsenkungen zu kündigen. Die Tarifkündigungen in Schlesien haben unter der Textilarbeiterschaft helle Entrüstung ausgelöst. Wir werden auf den Gang der Dinge dort noch zurückkommen.

Desgliehen haben die Lausitzer Textilindustriellen den Lohnstarif für die Lausitzer Textilindustrie, der für etwa 21 000 Beschäftigte gilt, zum 30. November 1932 gekündigt.

verordnet der Arzt leichte Speisen, Zwieback, Kalbfleisch usw. Aber der Mann mag in der Hauptfrage von Kartoffeln und Brot leben. Ständige Magenbeschwerden und Erbrechen sind die Folgen dieser für den kranken Mann jaulenden Ernährungswiese. Im Dritten Reich werde man an diesem Mann das Rezept des Nazihygieneleiters Ernst von Kraus ausprobieren: jeder Kranke und Schwache hat dort die moralische Pflicht, freiwillig aus dem Leben zu scheiden.

„Mein eigenes Häuschen wird mir bald nicht mehr gehören“, sagt mit Tränen in den Augen ein 60 Jahre alter Vater. Schon seit zwei Jahren ist er mit seinen fünf erwachsenen Kindern ausgezogen. „Wochenlang bekommen wir 24 Mk. Unterstützung vom Wohlfahrtsamt, und dies wird als Hypothek auf des Hems eingetragene. Dreißig Jahre habe ich geparrt und gearbeitet, um mir ein Eigenheim zu erwerben, und jetzt in meinen alten Tagen mag ich mir mein hässliches Erbschaftsverständnis, um mir den nächsten Hunger zu helfen. Wo steht denn da die Gerechtigkeit?“ rief der Alte mit erschütterter Entrüstung.

So könnte man noch Duzende solcher Beispiele anführen. Erschüttert haben wir die Schilderung dieser Unglücklichen gehört. Im Zeitalter der Technik und der Kultur leiden Menschen unjagbar viel Elend und Not, weil die kapitalistische Wirtschaftsordnung nicht in der Lage ist, allen Menschen Arbeit und Brot zu geben. Frauen und Kinder leiden Hunger, ihr bankrotter Wirtschaftsführer kapitalistischer Couleur, weil ihr nicht fähig sind, die Wirtschaft in Ordnung zu halten. Frauen und Kinder scheien nach Brot, weil die Webersregierung die Unterstützungssätze teilweise bis zu 50 Proz. gekürzt hat. Frauen und Kinder leiden Hunger, ihr fatten Spießer, die ihr in politischer Verblendung die Nazis mit geklopptem Gelde herangezogen habt!

Hinweg mit dieser falschen Wirtschaftsführung! Her mit dem Sozialismus, wo jeder, der Menschenmitleid trägt ein menschenwürdiges Dasein finden wird!

UNTERHALTUNG UND WISSEN



Die Geschichte eines amerikanischen Seemanns : : Copyright by Büchergilde Gutenberg, Berlin Illustriert von Georg Wilke

(86. Fortsetzung)

Der Skipper machte ein gelangweiltes Gesicht und sagte zu dem Kohlkäufer: „Das ist nun Ihre Sache, Mr. Dils. Ich habe geglaubt, das sei in Ordnung.“

„Ich will sofort das Boot verlassen, Skipper. Ich denke mit keiner Idee daran, als Kohlenzieher zu zeichnen. Sofort ausbooten. Ich protestiere, und ich werde mich beim Hafensamt beschweren wegen verletzten Schanghalens.“

„Wer hat Sie Schanghalend?“, fuhr der Kohlkäufer auf. „Ich? Das ist eine unverfälschte Bube.“

„Dils“, sagte der Kapitän sehr ernst, „damit will ich nichts zu tun haben. Dafür bin ich nicht verantwortlich. Das haben Sie auszubaden, das erkläre ich gleich hier. Machen Sie das brauchen miteinander ab.“

Der Taschendieb ließ sich aber nicht verwirren. „Was habe ich gefragt? Habe ich nicht gefragt: Kesselgang?“

„Richtig, das haben Sie gefragt, aber Sie haben nicht gesagt.“

„Gehört der Kohlenzieher zur Schwarzen Bande oder nicht?“, fragte der Ingenieur nun lauernd.

„Allerdings gehört der Kohlenzieher dazu“, bekräftigte ich der Wahrheit gemäß, aber ich habe —“

„Dann ist es ganz in Ordnung“, sagte nun der Skipper. „Wenn Sie Heizer meinten, ja hätten Sie das ausdrücklich sagen müssen, dann hätte Mr. Dils Ihnen schon gesagt, daß wir keinen Heizer zu kurz sind. Also gut, dann können wir ja nun schreiben.“



Er nahm die Namenslisten —

Er nahm die Namenslisten und fragte nach meinem Namen.

Unter meinem guten Seemannsnamen auf einem Totenschiff? Niemals. So tief bin ich noch nicht gesunken. Ich trüge ja nie wieder in meinem Leben einen ehrenhaften Namen. Ueber das Entlassungsergebnis aus einem anständigen Gefängnis, das ist besser als das Quittungsbuch eines Totenschiffes.

So gab ich meinen guten Namen auf und sagte mich von meinen Familienbanden los. Ich hatte keinen Namen mehr.

„Geboren in und wann?“

Der Name war weg, aber ich hatte meine Heimat noch.

„Geboren in und wann?“

„In — in —“

„In wo?“

„Alexandria.“

„In U. S.?“

„Nein, in Kgypten.“

Nun war auch die Heimat weg; denn von nun an hatte ich das Quittungsbuch der Doritte als einzigen Ausweis für den Rest meines Lebens.

„Nationalität? Britisch?“

„Ne. Ohne Nationalität.“

Ich sollte meinen Namen und meine Nationalität in den Listen der Doritte für ewige Zeiten registrieren lassen? Ein gutgemachter Amerikaner, zivilisiert, ausgerüstet mit dem Evangelium der Zahnbürste und der Wissenschaft des täglichen Fußwaschens, sollte je eine Doritte gefahren, je eine Doritte bedient, geschweert, angefrachten haben? Meine Heimat, nein, nicht meine Heimat, aber die Vertreter meiner Heimat hatten mich zwar ausgestoßen und verleugnet. Aber kann ich die Erde verleugnen, deren Hauch ich mit meinem ersten Atemzuge trank? Nicht der Vertreter wegen und nicht seiner Flagge wegen, aber der Liebe zur Heimat wegen, ihr zuliebe, ihr zu

Ehren habe ich sie abzuschwören. Auf der Doritte fährt kein ehrlicher amerikanischer Junge, selbst wenn er dem Henker entlaufen sein sollte.

„No, Sir, keine Nationalität.“

Nach Seemannsart, Heuerbuch, Paß oder sonst etwas Nachsicht fragte er nicht. Er wußte, daß Leute, die zur Doritte kommen, nicht nach solchen Dingen gefragt werden dürfen. Sie können ja sagen: „Ich habe keine Papiere“. Was dann? Dann dürfte er sie nicht zeichnen lassen, und Doritte würde keine Mannschaft haben. Beim nächsten Konsul mußte die Liste ja amtlich bestätigt werden. Aber dann war nichts mehr zu ändern, der Mann war bereits angemustert, hatte bereits gefahren, da war es nicht mehr möglich, ihm die konsularische Bestätigung zu verweigern. Der Konsul kennt amtlich keine Totenschiffe, und nicht amtlich glaubt er nicht daran. Konsul zu sein, erfordert Talente. Die Konsulen glauben auch nicht an das Geborensein von Menschen, wenn der Geburtschein das Geborensein nicht schwarz auf weiß beurkundet. Was blieb von mir noch übrig, nachdem Name und Heimat verpufft waren? Die Arbeitskraft. Das allein war es, das zählte. Das allein wurde bezahlt. Nicht zum vollen Werte. Aber etwas, damit nicht die Erschlaffung den Spaß verdirbt.

„Die Heuer für die Kohlenzieher ist siebzig Peseta“, sagte der Skipper so wie nebenbei, während er in die Liste schrieb.

„Wa-a-a-a?“ schrie ich. „Siebzig Peseta?“ „Ja, haben Sie das nicht gewußt?“ fragte er mit einer milden Geste.

„Ich habe angemustert für englische Heuer“, verteidigte ich nun meinen Lohn.

„Mr. Dils?“ fragt der Skipper. „Was ist das, Mr. Dils?“

„Habe ich Ihnen englische Heuer versprochen?“ sagt der Kohlkäufer grinsend zu mir.

Ich könnte diesem Hund gleich so eine in die Fresse hauen, aber hier will ich doch nicht in Eisen liegen. Nicht auf der Doritte, wo mich die Ratten lebendig auffressen würden, wenn man sich nicht wehren kann. „Jawohl, Sie haben mir englische Heuer versprochen“, schrie ich nun in Wut auf den Gauner ein. Es ist ja das Letzte, was ich zu verteidigen habe, meinen Arbeitslohn. Je schwerer die Arbeit, desto geringer der Lohn. Der Kohlenzieher hat die schwerste und toughest Arbeit auf dem Eimer und meist den schäblichsten Lohn. Englische Heuer ist ja auch nicht berühmt, aber wo in der Welt bekommt denn der Arbeiter seinen vollen Lohn? Wer den Arbeiter seinen Lohn nicht zahlt, ist ein Bluthund. Aber man braucht den Lohn mit dem Arbeiter, der die Arbeit so bitter benötigt, nur vorher auszumachen, dann ist es sein Lohn. Sein Lohn, und man ist kein Bluthund mehr. Gäbe es keine Gesetze, dann würde es auch keine Milliarden geben. Worte kann man kneten, darum werden Gesetze in Worten niedergeschrieben. Dem Hungernden ist das Kneten bei Todesstrafe verboten; bei etwa milderen Umständen ist Freiheitsstrafe vorgesehen, um Gnade üben zu können und die Menschlichkeit der Gesetze zu beweisen.

„Jawohl, das haben Sie, Sie haben mir englische Heuer zugesagt“, schrie ich noch einmal.

„Schreien Sie nicht so“, sagt der Kapitän und steht von der Mitte auf. „Wie ist das nun, Dils? Ich bin das endlich leid. Wenn Sie Leute annehmen, will ich doch, daß alles in Ordnung ist.“

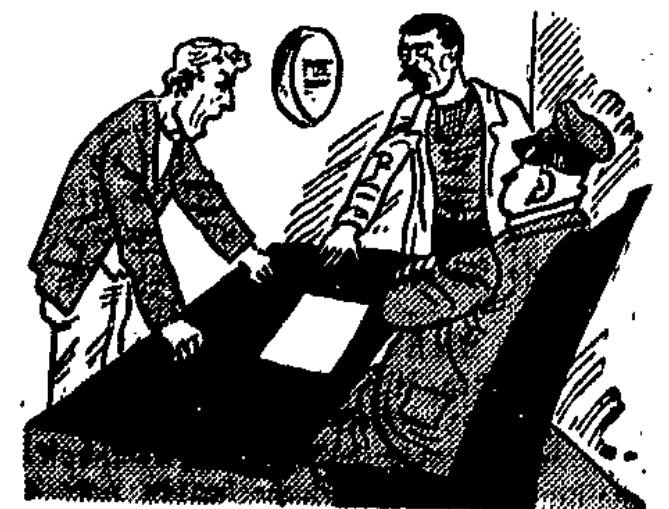
Der Skipper spielt sein. Doritte darf stolz sein auf ihren Meister.

„Von englischer Heuer habe ich gar nicht gesprochen“, sagt der Kohlkäufer.

„Doch haben Sie das. Das kann ich beschwören.“ Das winzige Eckchen Recht, das mir noch geblieben ist, will ich verteidigen bis zum Äußersten.

„Beschwören? Begehen Sie nur ja keinen Meineid, Mann. Ich weiß genau, was ich alles zu Ihnen gesagt habe, und ich weiß ganz genau, was Sie geantwortet haben. Ich habe hier genug Zeugen an Bord, die bei mir standen, als ich Sie angemusterte. Ich habe gesagt, „englische Heuer“, aber von englischer Heuer habe ich kein Wort gesagt.“

Der Hund hat recht. Er hat in der Tat englische Heuer gesagt und das Wort Heuer gar nicht erwähnt. Ich hatte darunter englische Heuer verstanden.



„Schreien Sie nicht so —“

„Dann ist das ja wohl nun auch in Ordnung“, sagte der Skipper ruhig. „Sie bekommen natürlich Ihre Heuer in englischen Pfunden und Schillingen ausgezahlt. Für Überstunden werden fünf Pence bezahlt. Und wo wollen Sie abmustern?“

„Im nächsten Hafen, den wir anlaufen.“

„Das können Sie nicht“, sagt der Kohlkäufer grinsend.

„Jawohl, das kann ich.“

„Können Sie nicht“, wiederholte er. „Sie haben gemustert für Liverpool.“

(Fortsetzung folgt.)

Teilweise gebesserte Textilkonjunktur

Weitere Besserung in der Wollindustrie — Steigerung der Massenkaukraft tut not

Es hat wieder einmal den Anschein, daß die schwachen Anzeichen der Ueberwindung der Krise deutlicher zum Vorschein kommen wollen. Die Zahl der arbeitenden Textilarbeiter in Deutschland ist von Juni zu Juli um rund 4000 zurückgegangen. Hier und da sind stillstehende Betriebe wieder eröffnet worden, wenn auch neue Stilllegungen nicht ausgeblieben sind. Die durchschnittlichen Arbeitszeiten sind in allen wichtigen Branchen (Baumwolle, Wolle, Seide, Leinen) in die Höhe gegangen, zum Teil zwar nur in geringem Maße; die organisierte Produktionseinschränkung in der Baumwollindustrie Süddeutschlands und Rheinland-Westfalens ist für die Weberei beendet worden, die Spinnererei dürfte in der ersten Hälfte des Septembers folgen.

Das alles bedeutet heute zwar noch nicht viel mehr als schwache Anfänge einer Wiederbelebung, denn etwa ein Drittel der Textilarbeiter steht noch außerhalb der Betriebe, und auch die Zahl der Kurzarbeiter ist noch erschreckend groß. Aber es ist schon etwas wert, wenn überhaupt wieder Maschinen und ganze Betriebe in Tätigkeit gesetzt und Arbeitskräfte in zum Teil größerem Ausmaß mehr eingestellt werden.

In der Wollindustrie ist die Belegung besonders deutlich. Zwei Rammgarnspinnereien in Thüringen (Langensalza und Wernshausen), die früher zum Nordwolle-Konzern gehörten, sind inzwischen wieder eröffnet worden. Der Betrieb in Kautschautern, der dem gleichen Konzern angehört hat, macht große Aufwendungen für die Modernisierung des Maschinenparks. Gefeierte Tätigkeit ist ferner insbesondere in den westfälischen Rammgarnspinnereien zu beobachten. Die Meldungen über Kurzarbeit in einigen anderen Betrieben sind dadurch etwas in den Hintergrund gedrängt worden.

Die Besserung in den Wollwebereien hat angehalten. Die Rohstoffversorgung durch die deutschen Spinnereien wird ergänzt durch gesteigerte Rammzug-Einfuhren aus dem Ausland. In der Tuchindustrie Grimmitzhaus sind im Juli 800 Arbeitskräfte eingestellt worden, und im August haben sich die Einstellungen fortgesetzt. Auch in Forst und in einigen Orten des Rheinlandes und Schlesiens hat die Besserung angehalten. Das gleiche trifft zu auf einige wichtige Orte der Damenstoffweberei in Sachsen-Thüringen. Greiz meldete für Juli 170 Einstellungen. Entlassungen überwiegen nur ganz vereinzelt, allerdings auch in der Tuchstadt Spremberg.

Die Zahl der tätigen Arbeitskräfte vermehrte sich infolge der regeren Beschäftigung der Webereien

in einem beträchtlichen Teil der Ausstattungsbetriebe. Auch die Wollerei nahm einige Arbeitskräfte auf. Allerdings gestattet die im ganzen noch schlechte Lage der Wollerei den Unternehmern, mit weiteren Angriffen auf den Lohn vorzugehen. In der Strickererei ist die erwartete Belegung noch ausgeblieben, man rechnet indessen darauf, daß sich die großen Geschäfte in der allerersten Zeit für den Winter eindecken müssen. In den Trikotfabriken wird viel auf Lager gearbeitet und so eine etwa kommende gute Konjunktur in ihrer Wirkung vorweggenommen.

Zu den schlecht beschäftigten Branchen gehört vor allem die Gardinen- und Spitzenherstellung, sobald die Strickererei, die zu einem erheblichen Teil ihrer Produktion auf die Ausfuhr angewiesen ist, und nicht zuletzt die Leinwandindustrie, die nach neueren Feststellungen nur ein Viertel der Vorkriegsmenge produziert.

Eine Ueberwindung der schweren Krise ist heute fast einzig und allein ein Frage der Kaukraft. Das Sinken der Rohstoffpreise, das an der Lähmung der Produktion in den letzten Jahren viel schuld war, hat seit einigen Wochen einen entscheidenden Wiederaufstieg Platz gemacht. Eine führende Wollsorte, die von 11,55 Mk. je Kilogramm im Januar 1925 bis auf 2,57 Mk. im Juli 1932 im Preise fiel, kostete Mitte August 2,62 Mk. Baumwolle ist seit Mitte Juni d. J. so im Preise hochgeklommen (in Bremen von 6,07 auf 9,69 Dollarcenten je englisches Pfund), daß man von einer Haufe sprechen kann. Eine bestimmte Sorte Seide kostete Mitte August gut 17,— Mk. je Kilogramm, nachdem sie von 1926 bis Anfang August dieses Jahres

mit einigen Schwankungen fast auf den vierten Teil gefallen war, nämlich von 62,59 auf 16,20 Mk. je Kilogramm. Auch der Zuteilpreis bewegt sich wieder aufwärts. In Verfolg der Preissteigerung für die Textilkoststoffe sind auch die Garn- und Gewebepreise bereits etwas in die Höhe gegangen. Von der Rohstoffseite aus besteht also wieder ein Anreiz, mehr zu produzieren.

Die Vermutung des Instituts für Konjunkturforschung kann sich also wohl bewahrheiten, nach der eine gewisse Belebung für gewisse Teile der Textilindustrie wahrscheinlich ist. Das Institut begründet seine Voraussage u. a. darauf, daß gegenwärtig die Produktion offenbar niedriger ist als der laufende Bedarf. Das Institut unterläßt es aber nicht, darauf hinzuweisen, daß die Einkommensschwächung einen Aufschlag aus der Krise zu einer guten Konjunktur verhindert. Selbst für eine Aenderung der Lagerpolitik liege keine Veranlassung vor, denn dazu gehöre eine ungewöhnlich billige und reichliche Kreditversorgung.

Es kommt also hauptsächlich darauf an, die Einkommen der Verbrauchermassen wieder zu steigern, und das zu erreichen liegt zum guten Teil in der Hand des Arbeiters selbst. Durch Stärkung ihrer gewerkschaftlichen Kampfverbände müssen die Arbeiter dafür sorgen, daß der Reallohn wieder steigt und damit eine gesteigerte Nachfrage nicht nur des Handels, sondern vor allem der Konsumenten selbst zur Triebfeder eines Konjunkturanstieges wird!

Auch eine Rationalisierung

Washversuche mit farbigen Geweben.

Im Jahresbericht 1931 des Reichskuratoriums für Wirtschaftlichkeit finden wir folgende interessante fachtechnische Mitteilung:

Auf Anregung des Gesamtverbandes der deutschen Textilberedungsindustrie und in Gemeinschaftsarbeit mit den Fachverbänden wurden beim Staatlichen Materialprüfungsamt Berlin-Dahlem Versuche in Angriff genommen zu dem Zwecke, den Einfluß der verschiedenartigen Waschmittel auf farbige Textilwaren zu prüfen. Die Tatsache, daß durch ungeeignete Waschmittel gerade farbige Gewebe leiden und dadurch große Verluste entstehen, hat die beteiligten Verbände zu dieser besonderen Fragenstellung veranlaßt. Die Versuche sind noch in der Durchführung begriffen. Mit ihrem Abschluß kann erst im Laufe des Jahres 1932 gerechnet werden.

Kommunistische Lügenbeutel

Eine Leistung des „Kommunistischen Echos“

Das für Zwickau, Plauen (Vogtland) erscheinende „Kommunistische Echo“ vom 18. August nimmt sich die Kammgarnspinnerei Schiedewitz A.-G. in Silberstraße vor, um dort hineinzuleuchten. Weshalb das Blatt in diesen Betrieb hineinschleichen will, ist klar; denn dort fungiert unser Kollege Alfred Friedrich als Vorsitzender des Betriebsrates. Und da man die Einheitsfront der Textilarbeiter propagiert, ist man eifrig dabei, einen bewährten Funktionär, der praktische Arbeit für die Textilarbeiter und somit auch für die Einheitsfront leistet, in der größten Weise zu beschimpfen. Die unfinnigsten Dinge werden ihm vorgeworfen. Man gestatte uns, daß wir dem Leser eine Kostprobe vorführen: „Ja, der Betriebsrat in Silberstraße ist so untermwürdig, läßt eine solche verbrecherische Mißachtung der Unfallverhütungsvorschriften durch die Betriebsleitung zu, daß die reaktionäre Berufsgeoffenschaft sich gegen die Betriebsleitung wandte. Man sieht, welche erbärmliche Rolle diese Reformisten vor ihren Herren spielen...“ — Wer aufmerksam den „Textil-Arbeiter“ liest, wird häufig gefunden haben, daß wir kommunistische Betriebsräte bzw. andere Funktionäre der sogenannten revolutionären Gewerkschaftsopposition in ein Scheinwerferlicht nehmen mußten, in welchem man sie in jüst derselben Rolle gewahren mußte, die hier unserem Kollegen Alfred Friedrich angedichtet wird.

In einer Berichtigung an das kommunistische Blatt hat Kollege Friedrich die oben angeführten Maßlosigkeiten und noch andere, welche den Artikel des Blattes schmückten, richtiggestellt. Von den Behauptungen im Artikel ist somit nichts mehr übriggeblieben, und der ganze Schwindel, der so großartig in die Welt hinausposaunt wurde, ist in ein absolutes Nichts zusammengefallen.

Das sind einige Illustrationen zu dem Thema „Einheitsfront der Arbeiterchaft“!

Das Märchen vom Telephongespräch

Zu einer „Antifaschistischen Betriebskampfwoche“, wie sie die kommunistische Partei von Zeit zu Zeit veranstaltet, gehören, da man sonst nichts Ordentliches vorweisen kann, die dicksten Lügen, die man sich nur ausdenken kann. Ein besonderes Beispiel einer geradezu krankhaften Lügenlust brachte ein Flugblatt, das als Sonderdruck der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ in der Woche vom 14. bis 21. August in Westfahlen verbreitet wurde. Neben anderen faustdicken, gelinde gesagt, Unwahrheiten brachte das erwähnte Flugblatt ein Telephongespräch, das unser Leipziger Geschäftsführer, Kollege Panzer, mit einem Herrn „Dr. Schön von einer Leipziger Zeitung“ über die neuesten Tarifündigungen geführt hatte. Das heißt, das Telephongespräch ist nicht geführt worden; es existiert lediglich in der schwindelhaften Phantasie der kommunistischen Zeitungsschreiber. Wahr ist allerdings, daß unser Kollege Panzer eines schönen Tages angeläutet wurde. Am Telephon stellte sich ein „Dr. Schön, Redakteur einer Leipziger Zeitung“ vor, welcher um ein sogenanntes Interview — zu deutsch: die Erlaubnis, einige Fragen zu stellen — bat. Ihm wurde aber von seiten unseres Geschäftsführers mit dürren Worten erklärt, daß man es ablehnen müsse, telephonisch irgendwelche Auskünfte zu erteilen. Damit war das Telephongespräch erledigt. Das hindert nun die „Sächsische Arbeiterzeitung“ aber nicht, beinahe über eine ganze Seite ihres Formats

Ehre wem Ehre gebührt



Der kommunistische Spitzel „Dr. Schön“ rafft von seinem Büro aus unsere Leipziger Ortsverwaltung an.

den Inhalt eines nicht stattgefundenen Interviews zu bringen!

Wir bedauern sehr, dieses Extrem eines überhitzten Gehirns eines kommunistischen Landsknechts der Feder nicht bringen zu können, da wir den kostbaren Raum unseres Verbandsblattes für wichtigere Sachen brauchen. Wir wollten nur noch einmal diesen Schwindel registrieren und namentlich jene Arbeiter, welche das Lügenflugblatt gelesen haben, auf den faustdicken Schwindel hinweisen.

Kämpfer? — Nein Waschlappen!

Was unsere Ortsgruppe in Plauen berichtet

Die Kommunistische Partei sowie die R.O.D. führen den Kampf gegen unsere Organisation mit einer Gemeinheit, die nicht zu übertreffen ist. Der „Kämpfer“ bringt in Nr. 186 einen Artikel „Lohnbetrug der Firma Döhrer in Plauen“. Er teilt mit, daß sie erst am 24. August in Erfahrung gebracht hätten, daß die Firma Döhrer vor 4 Wochen einen 10prozentigen Lohnabbau durchgeführt habe. Die R.O.D. habe deshalb sofort einen Handzettel herausgegeben, um eine Betriebsversammlung zu veranstalten. Der Unternehmer, der von der geplanten Versammlung Kenntnis erhielt, habe sofort durch Anschlag bekanntgegeben, daß die abgezogenen 10 Proz. auf alle 4 Wochen

BERICHTE AUS FACHKREISEN

Burkhardtisdorf

„Fest“ In Nr. 30 des „T.“ verungeltete öffentlichlich wir einen Aufsatz Verleumdung. mit der Ueberschrift „Prachtvolle R.O.Den“. In dem Aufsatz haben wir dem Kommunisten Köppler aus Burkhardtisdorf nachgesagt, daß er sich wiederholt zur Arbeit angeboten hat mit dem Bemerkten, er würde auf seinen früheren Lohn verzichten, den er noch zu fordern habe.

Im weiteren machten wir die Feststellung, daß er in der ersten Woche nach seiner Wiedereinstellung für 40 Pf. pro Stunde gearbeitet hat und den fehlenden Teil sich von dem Arbeitsteam bezahlen ließ. Köppler bringt nun im „Kämpfer“, dem kommunistischen Blatt in Chemnitz/Erzgeb., eine Notiz unter der obigen Ueberschrift, in der er bestreitet, für 40 Pf. pro Stunde gearbeitet zu haben und daß er sich zur Arbeit angeboten habe. Wir stellen demgegenüber fest, daß Köppler in seiner Erklärung wissentlich die Unwahrheit schreibt, und sind jederzeit bereit, den Wahrheitsbeweis für die in Nr. 30 gemachten Angaben zu erbringen!

Glauchau

Am 17. August rief die Frauengruppe des Textilarbeiter-Verbandes Glauchau die Kolleginnen zu einem musikalischen Werbenabend in das Volkshaus. Im blumengeschmückten Saal eröffnete die Vorsitzende, Kollegin Jahn, die Zusammenkunft. In einem kurzen Vortrag wies sie auf die Notwendigkeit der Geschlossenheit der

Politische Wochenschau

Der Papen-Plan.

Im Mittelpunkt der Wochenkritik stand die Rede des Reichskanzlers von Papen, die er in einer Versammlung des Westfälischen Bauernvereins gehalten hat, und die man als Programm der Regierung von Papen bewerten muß. Papen hat in dieser Rede erneut in überhebendem Ton unterstrichen, daß die gegenwärtige Regierung eine Regierung der Tat und nicht des Wortes sei. Er entwickelte dann einen sogenannten Ankerbefehlungsplan, der eine Behebung der Privatwirtschaft herbeiführen soll. Die Ankerbefehlungsplan der Wirtschaft soll nach Papen auf Kosten des Arbeitslohnes durch Steuererleichterung und direkte Geldgeschenke an die Unternehmer durchgeführt werden. Die Regierung Papen führt mit diesem Programm nur die Wünsche der Schwerindustrie und des Landadels durch. An anderer Stelle besprechen wir den Papenschen Ankerbefehlungsplan und dessen Gefährlichkeit für die Arbeiterchaft eingehender. Wir wollen deshalb nur soviel sagen, daß die Regierung Papen wohl einen Plan herausgebracht hat, der nur das reaktionäre Gesicht der Papen-Regierung enthüllt. Der Endeffekt des Papen-Planes dürfte in der Erleichterung des Reichsäckels und einer erhöhten Belastung der Arbeiterchaft durch erhöhte Lohnsenkungen bestehen. Die Arbeiterchaft weiß, woran sie mit Papen ist. Es wäre falsch, sich irgendwelcher Hoffnungen auf Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse hinzugeben; im Gegenteil muß damit gerechnet werden, daß durch die Lohnrückgänge, die der Papen-

nachgezahlt werden. Die Belegschaft sei auf diese Versprechungen hineingefallen und kein Arbeiter sei in der Betriebsversammlung erschienen. Der „Kämpfer“ schreibt, die Unternehmer hätten eine ungeheure Angst vor der revolutionären Gewerkschaftsopposition! — Was ist wahr?

Die Firma Döhrer verlangte am 22. Juli von der Arbeiterchaft eine Senkung der tariflichen Stundenlöhne um 10 Proz. Unsere Geschäftsstelle Plauen hat sofort eine Betriebsversammlung einberufen und die Arbeiterchaft aufgefordert, diesen Revers der Firma nicht zu unterzeichnen, sondern am Tarifvertrag festzuhalten. Die Firma wollte gegen alle organisierten Textilarbeiter vorgehen, die nicht bereit waren, sich den 10prozentigen Lohnabbau gefallen zu lassen. Gleichzeitig hat unsere Filiale Klage für einige Kollegen bei dem zuständigen Arbeitsgericht eingereicht. Die Gauleitung hat vom Arbeitgeberverband der westfälischen Textilindustrie Verhandlungen verlangt, in denen die Firma verpflichtet wurde, die tariflichen Löhne weiter zu zahlen. Diese Verhandlungen fanden am Mittwoch, dem 17. August, im Beisein unserer Geschäftsleitung, der Gauleitung, des Arbeitgeberverbandes und des Herrn Döhrer statt.

Es wurde vereinbart, daß die organisierten Kollegen den Tariflohn weiter erhalten. Nur diejenigen Unorganisierten, die den Revers unterschrieben haben, und darunter werden sich auch einige R.O.D.-Leute befinden, werden nun untertariflich entlohnt, weil sie sich mit untertariflicher Entlohnung der Firma gegenüber schriftlich einverstanden erklärt haben!

So sehen die revolutionären „Helden“ aus, die andauernd sagen, die Arbeit muß eingestellt werden, aber nicht einmal den Mut aufbringen, um ihren tariflichen Lohn zu kämpfen!

Gewerkschaft hin. Einige Requisitionen leiteten dann den musikalischen Teil ein.

Waldkirch i. Br.

Zu dem Angriff der christlichen „Waldkircher Volkszeitung“ vom 20. August haben wir zur Steuere der Wahrheit folgendes zu erklären: Es ist nicht der Betriebsrat der Firma Ringwald gewesen, der es verhindert hat, daß am Feiertag Maria Himmelfahrt nicht gearbeitet wurde. Der wirkliche Sachverhalt sieht etwas anders aus. Bis vor einigen Jahren war es freilich üblich, daß dieser Tag, obwohl nicht gesetzlich festgelegt, im Erztal durch Arbeitsruhe gefeiert wurde. Aber schon vor zwei Jahren gingen die Fabrikanten dazu über, den Feiertag nicht mehr durch Arbeitsruhe zu begehen. Der freigewerkschaftliche Betriebsratsvorsitzende der Firma Ringwald, um seine Meinung befragt, ob diesmal gearbeitet werde, erklärte sich mit dem Feiern einverstanden unter der Bedingung, daß der ausfallende Tag nachgeholt würde, da Samstag nicht gearbeitet wird. Die Firma lehnte das Nachholen der Arbeitszeit ab. Nun setzte sich der Betriebsratsvorsitzende mit sämtlichen Betriebsratsmitgliedern in Verbindung und teilte ihnen den Sachverhalt mit. Selbst die Betriebsratsmitglieder der christlichen Organisation waren damit einverstanden, daß, wenn keine Nachholung der Arbeitszeit stattfindet, dann gearbeitet wird. Damit werden alle bössartigen Meldungen der christlichen „Waldkircher Volkszeitung“, die wieder einmal den bösen Freigewerkschaftlern etwas an die Rockschöße hängen wollte, gegenstandslos. Christlich ist ein solches Verhalten allerdings nicht!

Plan auslöst, eine noch weitere Schrumpfung der Wirtschaft eintritt. Dem Kapitalismus ist mit solchen dilettantischen Plänen nicht zu helfen. Die Totenglocke hat zu läuten begonnen. Der Kapitalismus liegt im Sterben.

Die Arbeiterchaft hat alle Ursache, sich zu sammeln, um den Kampf, der zwischen Kapitalismus und Sozialismus ausgefochten werden muß, zu bestehen. Bängliches Jagen ist nicht am Platze; frischer Wagemut wird uns im Kampfe vorwärtsbringen!

Der Zusammentritt des Reichstags.

Alle Welt war gespannt auf den Zusammentritt des neuen Reichstags. Die Nationalsozialisten hatten zunächst angekündigt, gegen die Reichstagsöffnung durch die Alterspräsidentin Klara Zetkin Einspruch zu erheben. Man glaubte deshalb, daß es in der ersten Sitzung nicht allzu friedlich zugehen würde. Und was trat ein? Die Nationalsozialisten haben sich so recht „parlamentarisch“ verhalten. Sie haben die provozierende Rede der Kommunistin Klara Zetkin ohne zu mucken entgegengenommen. Die Nationalsozialisten standen völlig unter der Regie des Zentrums. Noch einige Reichstagsitzungen, und die Nationalsozialisten kennt man nicht mehr wieder. Vielleicht sind sie aus diesem Grunde in weiser Vorsicht, damit man sie nicht verwechselt, in Galauniform erschienen.

Das Zentrum hat sich bisher zweifellos Mühe gegeben, um eine Koalitionsregierung zu bilden. Bis zur Stunde dürfte aber eine Einigung mit den Nationalsozialisten noch nicht völlig erzielt worden sein.

Dem neuen Reichstag dürfte ein allzu langes Leben nicht beschieden sein. Die Papen-Regierung soll bereits im Besitz des Auflösungsdekrets sein. Der Reichspräsident lehnt eine Regierung Zentrum und Nationalsozialisten ab. Er steht zur Regierung Papen. Dabei findet die Regierung Papen im Reichstag nicht die geringste Stütze. Bei der Eröffnung des Preussischen Landtags kam dieses so recht deutlich zum Ausdruck. Alle Parteien, mit Ausnahme der Deutschnationalen, haben der Regierung Papen den schärfsten Kampf angefaßt. Interessant war dabei, daß die Nationalsozialisten, die bisher das Verfassungswort von Weimar in Grund und Boden verdammt haben, ebenfalls von der Papen-Regierung verlangten, daß sie die Verfassung respektieren müsse! Die Arbeiterchaft muß schon im Hinblick auf neue Reichstagswahlen gerüstet bleiben.

„Umbau der Reichswehr.“

Die Reichsregierung hat in Paris eine Denkschrift über eine Reorganisation der Reichswehr überreicht. Die deutsche Regierung fordert in dieser Denkschrift die Anerkennung des Prinzips der Rüstungsgleichheit. Durch den Friedensvertrag von Versailles sind Deutschland in der Rüstungsfrage enge Grenzen gezogen. Der Reichswehrminister von Schleicher hat in einem Aufsatze im „Helmatdienst“ darauf hingewiesen, daß wir für unsere eigene Sicherheit dieselben Rechte haben müssen wie jene Staaten, die ihre Grenzen durch einen fortlaufenden Festungsgürtel geschützt haben. Die Denkschrift der Reichsregierung hat in Paris viel Staub aufgewirbelt. Auf der Wüstungskonferenz, die am 21. September in Genf zusammentritt, dürfte die deutsche Denkschrift eine bedeutende Rolle spielen.

Ueber die Forderung der deutschen Regierung hat die französische Presse 10 Punkte veröffentlicht, die wir im nachstehenden wiedergeben, wobei wir aber gleichzeitig darauf hinweisen, daß diese angeblichen 10 Punkte von deutscher Seite bestritten werden. Die Forderungen sind:

Die angeblichen „10 Punkte“.

1. Aenderung des augenblicklichen Rekrutierungssystems und Herabsetzung der zwölfjährigen Dienstzeit bei der Reichswehr.
2. Einrichtung eines „Zwischendings“ zwischen Berufsarmee und allgemeiner Dienstpflicht und Militärpflicht.
3. Erhöhung der Ziffern des stehenden Heeres auf 300 000 Mann.
4. Wiedereinführung der schweren Artillerie.
5. Schaffung eines Korps von Tank-Regimentern.
6. Einrichtung einer vollständigen Militärfliegerarmee.
7. Einrichtung von Militärfliegerschulen.
8. Ergänzung der Kriegsmarine durch Bau von Großkampfschiffen, U-Booten und Flugzeugmuttertschiffen.
9. Bau von Festungswerken an allen Reichsgrenzen.
10. Schaffung von 35 Rüstungsfabriken.

Neue Literatur

Erich Grlar: Mit Kamera und Schreibmaschine durch Europa. Bilder und Berichte. Mit etwa 100 photographischen Aufnahmen in Kupferdruck. 136 Seiten. Halbleinen. Buchausstattung von Jan Tschichold. Verlag: „Der Bücherkreis G. m. b. H.“, Berlin SW 61. 1932. Preis 4,80 Mk. (resp. 8,60 österr. Sch., 35,— tschech. Kronen).

Briefkasten

Briefkasten: G. M., Wangen i. Allg.: Leider können wir aus Raumgründen nicht die Namen der Jubilare, die auf eine 25jährige Mitgliedschaft zurückblicken, im „T.“ veröffentlichen. Wir bitten um Verständnis für unsere Lage! D. R.

Schon wieder Preisabbau

in Fahrradersatzteilen! Decken 1,— Mk. Schlauche 0,50 Mk., Rücklichte 0,25 Mk. Verlangt Kataloge!

LINDCAR-FAHRRADWERK AG.

Gewerkschaftsunternehmen Berlin-Lichtenrade

Bekanntmachungen des Vorstandes

Sonntag, 11. Septemb., ist der Beitrag für die 37. Woche 1932

Adressenänderungen

Gau Hannover: Cauenstein i. Hann. L.: Herm. Bodenstein, Cauenstein i. H. Rennberg.

Gau Kassel: St. Andreasberg: R.: Fritz Jatho, Brauhausstr. 317.

Verantwortlicher Redakteur: Hugo Dreffel in Berlin. — Verlag: Axel Schaber in Berlin, Bernauer Str. 89. — Druck: Hermanns Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Axel Singer u. Co. in Berlin.